

Spiel, in Anbetracht der Tatsache, daß das Kosovo nur eine Tür darstellt, durch die fremde Truppen eindringen und diese höchsten Werte gefährden würden. Sie haben diese Tür gewählt, weil sie annahmen, daß dort die albanische separatistische Bewegung stünde und nicht etwa die jugoslawische Armee oder die Gesamtheit der Bürger des Landes und daß auf diese Weise unser Land Schritt für Schritt, aber sehr schnell seine Unabhängigkeit und Freiheit verlöre. Die Weigerung, fremde Truppen auf unserem Staatsgebiet zu akzeptieren, war die einzig richtige Entscheidung. Dennoch würden wir gerne unser stetiges Engagement für eine friedliche Lösung der Probleme im Kosovo-Metohija fortsetzen. Wir glauben aufrichtig, daß eine langfristige Lösung der Probleme im Kosovo-Metohija nur mit friedlichen und politischen Mitteln erreicht werden kann. Wir bestehen auf der entscheidenden Frage, der unsere Delegation in Rambouillet verpflichtet war, so wie wir es in all unseren Kontakten mit Vertretern der internationalen Gemeinschaft waren. Diese entscheidende Frage ist unsere Verpflichtung zur Gleichberechtigung aller Bevölkerungsgruppen. Das politische Abkommen, das die Gleichberechtigung aller Bevölkerungsgruppen im Kosovo – Albaner, Serben, Montenegriner, Muslime, Türken, Goranci, Roma und Ägypter – sichert, hat die Chance auf Erfolg und auf Stabilisierung unserer südlichen Provinz, auf die Sicherstellung von Frieden und Stabilität im ganzen Land. In dem Bemühen, zu einer politischen Lösung zu kommen und den politischen Prozeß fortzuführen, werden wir weiter dieser Sache verpflichtet sein. In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, daß ich unsere Delegation in Rambouillet und Paris, aber auch Präsident Milutinovic und seine Haltung in diesen entscheidenden Fragen, von denen die gesamte Zukunft des Kosovo-Metohija und, wie ich sagen würde, ganz Serbiens abhängt, voll und ganz unterstütze, denn hier steht das ganze Land auf dem Spiel, nicht nur Kosovo-Metohija, ungeachtet der Bedeutung, die es für uns hat, oder der Bedeutung, die es für die Gesamtheit der Bürger unseres Landes hat.

In dieser Zeit, in der wir uns mit Bedrohungen und der Gefahr von Luftangriffen durch die NATO konfrontiert sehen, sollte jeder seiner Arbeit nachgehen. Alle Bürger tragen zur Verteidigung des Landes bei, indem sie erfolgreich ihre alltäglichen Pflichten in der Produktion, im Gesundheits- und Bildungswesen und in den kulturellen Institutionen erfüllen. Auf diese Weise können sie die Verteidigungskräfte unseres Landes, die Armee Jugoslawiens und die Truppen des Innenministeriums bei der Erfüllung ihrer Aufgaben in der Verteidigung der Souveränität und der territorialen Integrität des Landes bestmöglich unterstützen.

Wir haben zwei wesentliche Verpflichtungen: den politischen Prozeß mit vollem Engagement fortzuführen, denn ich glaube, daß Wahrheit und Gerechtigkeit auf unserer Seite sind, aber auch die Verteidigung unseres Landes mit allen verfügbaren Mitteln, die dem Ausmaß des Angriffs angemessen sind. Wir alle sollten unseren vollen Beitrag dazu leisten, vor allem durch unsere Arbeit. Ich danke Ihnen.

Erklärung des Außenministeriums der Volksrepublik China am 25. März 1999 (Wortlaut)

Am 24. März starteten die von den Vereinigten Staaten geführten Luftstreitkräfte Angriffe gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Die Luftschläge verursachten schwere Schäden und Opfer und führten zu einer scharfen Verschlimmerung der Situation in der Balkanregion. Die chinesische Regierung ist durch solche Entwicklungen tief verstört. Die Kosovo-Frage ist eine interne Angelegenheit Jugoslawiens und sollte von den Beteiligten in Jugoslawien selbst gelöst werden. Alle anderen Staaten sollten die Souveränität und territoriale Integrität Jugoslawiens respektieren. Kürzlich unternahmen die Beteiligten positive Anstrengungen, einen politischen Ausweg aus der Krise zu suchen, und es gab einige Fortschritte in den Friedensgesprächen über die Kosovo-Frage. Die chinesische Regierung tritt jederzeit für eine friedliche Beilegung der Streitigkeiten durch Verhandlungen ein und widersetzt sich dem Gebrauch oder der Androhung von Gewalt in internationalen Angelegenheiten. Sie verlangt nach Respekt für die Souveränität und territoriale Integrität aller Staaten und ihrer Rechte, auf dem Weg ihrer Entwicklung unabhängige Entscheidungen zu treffen. Die chinesische Regierung widersetzt sich weiterhin jeglicher Einmischung in die internen Belange anderer Staaten, unter welchem Vorwand oder in welcher Form auch immer, und vor allem Maßnahmen, die unter vorsätzlicher Umgehung der Vereinten Nationen getroffen werden.

Die chinesische Regierung verlangt nachdrücklich eine sofortige Einstellung der militärischen Schläge gegen Jugoslawien und ruft die internationale Gemeinschaft und die Beteiligten in Jugoslawien zur Zusammenarbeit auf, um die Situation zu stabilisieren und die Krise so schnell wie möglich zu entschärfen, so daß der Frieden in der Balkanregion zu einem frühen Zeitpunkt wiederhergestellt werden kann.

Stellungnahme des Präsidenten der Russischen Föderation Boris Jelzin vom 31. März 1999 (Wortlaut)

Rußland ist zutiefst empört über die NATO-Militäraktion gegen Jugoslawien, die nichts anderes ist als nackte Aggression.

Allein der UN-Sicherheitsrat besitzt das Recht, die Maßnahmen zu beschließen, einschließlich des Einsatzes von Streitkräften, die zur Sicherung oder Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit in der Welt ergriffen werden sollen. Der UN-Sicherheitsrat hat diese Entscheidungen bezüglich Jugoslawien nicht getroffen. Die UN-Charta und die Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertragsorganisation und der Russischen Föderation sind verletzt worden. Ein gefährlicher Präzedenzfall für die Wiederherstellung einer Politik der Dominanz des Stärkeren wurde geschaffen, und das gesamte gegenwärtige internationale Rechts- und Ordnungssystem wird gefährdet.

Wir haben es in der Tat mit dem Versuch der NATO zu tun, das 21. Jahrhundert in der Uniform des Weltpolizisten zu beginnen. Rußland wird das niemals akzeptieren.

Der UN-Sicherheitsrat muß die gespannte Situation diskutieren und ein sofortiges Ende der NATO-Militäraktionen fordern.

Für ihren Teil wird die russische Führung ihre Beziehungen zur NATO überprüfen, da diese Organisation fundamentale Prinzipien des internationalen Verständigungssystems mißachtet hat. In meiner Eigenschaft als Präsident und Oberster Befehlshaber der Streitkräfte habe ich bereits die folgenden Anweisungen gegeben:

- Abbruch der USA-Reise des Premierministers J. Primakow;
- Forderung nach einer außerordentlichen Sitzung des UN-Sicherheitsrats und Druck für ein sofortiges Ende der NATO-Militäraktion;
- Abzug des obersten russischen Militärrepräsentanten bei der NATO nach Moskau;
- Aussetzung unserer Teilnahme an dem Programm „Partnerschaft für Frieden“ und der Umsetzung des NATO-Rußland-Partnerschaftsprogramms;
- Vertagung der Gespräche über ein gemeinsames militärisches Verhältnis mit der NATO in Moskau.

Ich habe bereits an Präsident Clinton appelliert und die Führer anderer NATO-Staaten aufgefordert, dieses militärische Wagnis sofort zu beenden, das das Leben von Zivilisten bedroht und die Situation auf dem Balkan zum Explodieren bringen könnte.

Die Stabilisierung des Kosovo, wie auch die Lösung ähnlicher Probleme, ist nur durch Verhandlungen möglich. Je eher sie beginnen, desto mehr Möglichkeiten werden der Weltgemeinschaft offenstehen, um eine politische Regelung zu finden. Rußland ist bereit, seine enge Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedern der Kontaktgruppe fortzusetzen, um dieses Ziel zu erreichen. Diejenigen, die dieses militärische Abenteuer auf den Weg gebracht haben, tragen die volle Verantwortung vor ihren Nationen und der Weltgemeinschaft für die ersten Folgen für die internationale Stabilität. Im Falle einer Ausweitung des militärischen Konflikts behält Rußland sich das Recht vor, die angemessenen Maßnahmen zu ergreifen, auch Maßnahmen militärischer Natur, um seine eigene und die Sicherheit Europas zu gewährleisten.

Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder am 27. März 1999 (Auszüge)

In der Nacht zum Donnerstag hat die NATO mit Luftschlägen gegen militärische Ziele in Jugoslawien begonnen. Das Bündnis war zu diesem Schritt gezwungen, um weitere schwere und systematische Verletzungen der Menschenrechte im Kosovo zu unterbinden und um eine hu-